

KOMMENTAR

Spiel mit dem Feuer

Von unserem Redakteur
Jens Tittmann

Wahlkampf heißt für die meisten Politiker auch im Jahre 2007 Podiumsdiskussionen, Marktplatzreden, Wahlkampfstände und natürlich zehntausende Plakate. Nur zaghaft gedeihen neue Formen wie Internetseiten, Foren oder Chats. Dabei handelt es sich um die Wahlkampfmittel der Zukunft. Zeichen der Zeit, die von der in mehreren Landtagswahlkämpfen erprobten Plattform Kandidatenwatch.de erkannt und für den Bürger aus demokratischer Überzeugung als Gesamtauftritt angeboten werden. Hier finden sich alle Bürgerschaftskandidaten wieder, die über ihre Parteien vom Landeswahlleiter nach Recht und Gesetz zur Wahl zugelassen wurden.

Dass sich in Bremen die versammelte SPD, allen voran Bürgermeister und Spitzenkandidat Jens Böhrnsen, Kandidatenwatch.de mit dem Argument verweigert, man will nicht neben Rechtsextremisten an einer Plattform teilnehmen, ist nichts anderes als ein Spiel mit dem Feuer. Hier überlässt die SPD gewieften Radikalrhetorikern ein Medium, das sich auch an junge, möglicherweise politisch noch nicht ganz satteifeste Wähler richtet.

Extremismus nährt sich auf Dauer von Ignoranz. Nur wenn demokratiefeindliche Kräfte mit den Mitteln der freiheitlichen Demokratie, der steten Wachsamkeit und geistigen Auseinandersetzung bekämpft werden, lässt sich die unselige Ideologie dieser Extremisten dauerhaft bekämpfen und entlarven. Verweigerungshaltung erzeugt das Gegenteil.

Und es führt in letzter Konsequenz dazu, dass eben jene unsäglichen Extremisten Demokraten dazu auffordern können, komplett auf die Wahl zu verzichten, um nicht auf einem Wahlzettel mit den Demokratiefeinden zu erscheinen.

Mit dem gleichen Feuer wie die SPD spielt übrigens auch die Linkspartei, wobei dort durch die SED-PDS-Nachfolge ein richtig fader Nachgeschmack entsteht. Die Spitzenkandidaten von CDU und Grünen, Thomas Röwekamp und Karoline Linnert, sind wenigstens so schlau, ihre Absagen mit Zeitmangel, Darstellungsformen oder eigenen Internetseiten zu begründen. Die SPD verbaut sich mit ihrer Absage dauerhaft jegliche Teilnahme an vergleichbaren Plattformen. Eine Haltung, die den Genossen spätestens zur Landtagswahl 2011 derbe auf die Füße fallen wird, wenn nicht mehr Parteilisten, sondern einzelne Kandidaten gewählt werden dürfen. Dann wird eine Plattform wie etwa Kandidatenwatch.de zum unverzichtbaren Wahlkampfmedium.

Zum Schluss noch ein Wort an die Macher von Kandidatenwatch.de. Wer sich bei aller Demokratie Liebe in derart heikles Fahrwasser begibt, in Wahlkampfzeiten eine solche Internetplattform an den Start zu bringen, sollte seine Hausaufgaben machen. Dass dort ein führender NPD-Funktionär den Überfall auf Polen 1939 durch Hitlerdeutschland leugnen darf, ist eine glatte Sechse. Das lässt sich nicht damit abtun, dadurch würde sich die NPD selbst entlarven. Leider gibt es zu viele Wähler, die selbst solche Plattitüden der Extremisten nicht durchschauen.